

# Denk-Anstöße

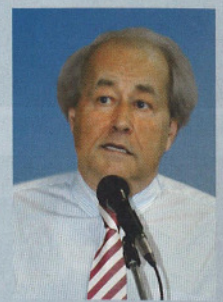
Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Bewegte Zeiten

Nach den nicht nur für die CDU verheerenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern scharren ganz unterschiedliche Kräfte mit den Hufen, um die Claims im Berliner Kräfte-Parallelogramm neu abzustechen. So versucht der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner, der wegen seiner (meist) finsternen Miene als Minister in Kiel von seinen Bediensteten angeblich „Stalin“ genannt wurde, den Untergang der Ära Merkel herbeizureden. Und Sigmar Gabriel, dessen Tage als Parteivorsitzender kürzlich noch gezählt schienen, wittert ebenfalls Morgenluft. Dass auch die SPD in Schwerin gewaltig Federn lassen musste, wird dabei bewusst unter den Teppich der öffentlichen Wahrnehmung gekehrt. Der frühere NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zweifelt mittlerweile am Volkspartei-Status der CDU: „Wer die intellektuelle Hoheit in der Schulden-, Euro- und Flüchtlingskrise verloren hat, muss versuchen, der Wählerschaft programmatisch zu sagen, wo man hin will.“ Der bayerische Ministerpräsident, der sich seit einem Jahr mit Händen und Füßen gegen die neue Zuwanderungspolitik wehrt, bezeichnet die Lage für die Union als „höchst bedrohlich“. Die Menschen fühlten sich nicht mehr mitgenommen, das Vertrauen schwinde rasant und das Land sei zerrissen wie selten. Auch innerhalb der CDU ist die Kritik an der – je nach Lesart – konsequenten oder unbelehrbaren Willkommenspolitik sprunghaft gewachsen. Dabei geht es nicht nur um die Angst vieler Abgeordneter, bei der Bun-

destagswahl 2017 durch Mandatsverlust abgestraft zu werden, sondern auch um das Gefühl, infolge des anhaltenden Links-Drifts der Partei zunehmend die politische Werte-Basis zu verlieren. Noch aber traut sich niemand, die Palastrevolution gegen die Bundeskanzlerin öffentlich auszurufen. Dies könnte auch einem politischen Selbstmord gleichkommen, weil kein aussichtsreicher Nachfolger am CDU-Horizont erkennbar ist. Diese Tatsache bremst selbst die Strippenzieher ein, die die Amtsinhaberin eigentlich schnellstmöglich als UN-Generalsekretärin nach New York wegloben wollen. Angela Merkel hat „angedroht“, erst im Dezember zum CDU-Parteitag erklären zu wollen, ob sie wiederum für eine Kandidatur als Parteivorsitzende (und damit auch als Bundeskanzlerin) antritt. Insider der Berliner Polit-Szenerie schließen allerdings auch nicht aus, dass der linke Parteiflügel der SPD die aktuelle Schwäche der Union nutzen will, um Angela Merkel noch in diesem Jahr durch ein gemeinsames Misstrauensvotum mit den Linken und Grünen aus dem Amt zu entfernen und anschließend eine neue Dreier-Koalition zu bilden. Dieses „R2G“ genannte Projekt soll den lang ersehnten Machtwechsel in der Republik ermöglichen. Bis zur Bundestagswahl 2017 soll die neue Links-Regierung – so die Vermutung – dann durch umfangreiche Wahlgeschenke Punkte sammeln und einer ohne Merkel de facto entthronten Union keine Chance lassen. So oder so: Deutschland scheint bewegten Zeiten entgegen zu gehen.

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

## Die Weisheit der Indianer

Eine alte Weisheit der Dakota-Indianer besagt: „Wenn Du merkst, dass Du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.“ Darüber wurde kürzlich gantztägig im Deutschen Bundestag debattiert. Die Bundeskanzlerin hob in einer Regierungserklärung hervor, eigentlich sei kein Pferd so sehr tot, dass man es gar nicht mehr reiten könne. Alternativlos seien vielmehr Maßnahmen zur Motivation und Zertifizierung toter Pferde. Angela Merkel weiter: „Wir schaffen das.“ Der SPD-Vorsitzende forderte aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit eine Entschärfung der Kriterien, ab wann ein Pferd als tot zu gelten habe. Im Sinne übergreifender Solidarität könne man auch mehrere tote Pferde nebeneinander anspannen, um die durchschnittliche Gesamtleistung zu erhöhen und eventuelle Einzelschwächen sozialverträglich auszugleichen. Claudia Roth bekundete für die Grünen ihre tiefe menschliche Betroffenheit darüber, dass Pferde überhaupt sterben können. Moralisch geboten sei jetzt die unverzügliche Verabschiedung von Gesetzen zur vorbeugenden sozialen Integration. Gregor Gysi führte den Exitus des Pferdes auf die globale Ungleichheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Reit- und Zugtiere zurück. Hier zeige der Kapitalismus wieder einmal sein wahres Gesicht. Der bayerische Minister-

präsident empfahl den Einsatz längerer Peitschen zur effektiveren Nutzung toter Pferde. Und Bundestagspräsident Norbert Lammert rief zur überparteilichen Reflexion auf. Gut sei, dass man darüber debattiert habe. Das beweise erneut die immanenten Stärken des Parlamentarismus. Darüber hinaus regte er die Bildung eines Untersuchungsausschusses an, der prüfen solle, wie in anderen Ländern tote Pferde geritten werden. Denkbar sei, diese Praxis im Rahmen einer EU-Initiative zum Normalzustand zu erklären. Anschließend unterzeichnete Lammert einen entsprechenden öffentlichen Appell mit seinem neuen Montblanc-Füllfederhalter. Außerparlamentarische Wortmeldungen wurden postwendend nachgereicht. Der FDP-Vorsitzende erklärte, es sei ein Gebot der Leistungsorientierung, nur noch qualifiziertes Fachpersonal mit „Seepferdchen“-Nachweis für den Beritt toter Pferde zuzulassen. Für die AfD erfolgten gleich zwei Statements der beiden Vorsitzenden. Frauke Petry forderte ein überzeugendes nationales Konzept, das nicht durch die Mitwirkung von EU-Bürokraten und Schuldenländern verwässert werden dürfe. Und Jörg Meuthen kündigte an, nach einem Wahlsieg dafür sorgen zu wollen, dass Migranten das Reiten toter Pferde erst nach fünfjähriger Bewährungsfrist erlaubt werde.